

Fragen

für die Fragestunde der 25. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. April 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59	Kotré, Steffen (AfD)	68
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 60
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	35, 36	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 55
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 29	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	23, 67	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 52	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	42, 43
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
Gottschalk, Kay (AfD)	62, 63	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	27, 41	Pau, Petra (DIE LINKE.)	15, 16
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	24	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 2
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	51	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 69
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	30, 40	Schmidt, Uwe (SPD)	53, 54
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	7, 25	Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	21, 22
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Theurer, Michael (FDP)	70, 71	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	46, 66
Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	37, 38
Wagner, Andreas (DIE LINKE.)	17		
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	31, 32		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

1. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen hat das Bundeskriminalamt nach Kenntnis der Bundesregierung bisher ergriffen, um solchen Fällen der Datenspeicherung vorzubeugen, die beispielsweise zum fehlerhaften Entzug der Akkreditierungen von Journalistinnen und Journalisten im Rahmen des G20-Gipfels 2017 (vgl. www.tagesschau.de/ausland/g20-journalisten-101.html) oder die unzutreffende Einordnung von Zuschauerinnen und Zuschauern eines Gerichtsprozesses 2016 in Hamburg als sogenannte Reichsbürger (vgl. www.taz.de/!5494076) zur Folge hatten?
2. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen musste das Bundeskriminalamt nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2017 rechtswidrig gespeicherte bzw. tatsächlich fehlerhafte Eintragungen zu Personen bzgl. mutmaßlicher politisch motivierter Kriminalität, Gewalt und Straftaten aus Datenbanken bzw. Verbunddateien löschen oder bereinigen?
3. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist das Vorhaben der Bundesregierung, die Staaten Armenien und Georgien – insbesondere wegen gestiegener Asylantragszahlen, einer niedrigen Schutzquote sowie des Wunsches der georgischen Regierung – als sichere Herkunftstaaten einstufen zu wollen, mit den Vorgaben aus dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 14. Mai 1996 – 2 BvR 1507/93, 2 BvR 1508/93) zu den Voraussetzungen der Einstufung sicherer Herkunftsländer in Einklang zu bringen (www.waz-online.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Seehofer-will-Dschihadisten-deutschen-Pass-abnehmen)?
4. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorgaben aus dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 14. Mai 1996 – 2 BvR 1507/93, 2 BvR 1508/93) zur Erforderlichkeit der landesweiten Verfolgungsfreiheit in Hinblick auf die Lage in Südossetien und Abchasien in Bezug auf die geplante Einstufung Georgiens als sicheres Herkunftsland sowie auf die Lage in der Region

Bergkarabach in Bezug auf die geplante Einstufung Armeniens als sicheres Herkunftsland?

5. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Bundesländern finden derzeit Gespräche mit welchen Ergebnissen über die Einrichtung sogenannter Anker-Einrichtungen (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren) als Pilotzentren statt (www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-asyl-seehofer-101.html)?

6. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele zusätzliche Stellen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird die Bundesregierung im Haushaltsverfahren beantragen, um den Pilotbetrieb der geplanten Anker-Einrichtungen aufnehmen zu können?

7. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen und Handlungserfordernisse folgen nach Ansicht der Bundesregierung mit Blick auf Deutschland aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Rechtsache C-550/16 vom 12. April 2018, wonach als Flüchtlinge anerkannte unbegleitete minderjährige Geflüchtete einen Anspruch auf Elternnachzug haben, wenn sie bei der Einreise und Asylantragstellung noch minderjährig, zum Zeitpunkt der Asylentscheidung aber bereits volljährig waren (bitte ausführlich erläutern, etwa auch mit Blick auf die durchschnittlich längere Asylverfahrensdauer bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden im Jahr 2017 in Höhe von 12,1 Monaten; Bundestagsdrucksache 19/1631, Antwort zu Frage 1), und inwieweit muss nach Auffassung der Bundesregierung betroffenen jungen Flüchtlingen in dieser Fallkonstellation nunmehr die Möglichkeit gegeben werden, mit Blick auf das EuGH-Urteil auch rückwirkend den Elternnachzug innerhalb von drei Monaten beantragen zu können, da ein solcher Antrag bislang mit Blick auf die deutsche Rechtslage und Rechtsprechung, die sich aber nun als unionsrechtswidrig erwiesen hat, chancenlos war (bitte begründet ausführen)?

8. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Definition des Begriffs „Heimat“ legt die Bundesregierung der Namensgebung des Ressorts Innen, Bau und Heimat zugrunde, und auf welche Weise wird das Politikfeld „Heimat“ im Bundesministerium operationalisiert (Ziele, Strategien, Instrumente)?
9. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In der Verantwortung welches Bundesministeriums bzw. welcher Bundesministerien wird die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD genannte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ liegen (bei mehreren Häusern bitte Federführung nennen), und welches Bundesministerium wird sich dabei vorrangig um die Themen „lebenswerte Städte“ und „bezahlbares Wohnen“ kümmern?
10. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Arbeitsauftrag bekommt die Kommission insbesondere mit Blick auf die Themen „lebenswerte Städte“ und „bezahlbares Wohnen“, und wie sieht der Zeitplan für die Arbeit der Kommission aus (Starttermin, ggf. Vorstellung von Zwischenergebnissen, Präsentation der Arbeitsergebnisse)?
11. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (laut Bayerischem Rundfunk vom 28. März 2018; www.br.de/nachrichten/geldwaesche-mafia-kaeufe-lassen-immobilienpreise-explodieren-100~amp.html), dass Deutschland als Anlageort für Mafia-Gelder in Immobilien attraktiver sei als Italien, wodurch laut Europol damit die organisierte Kriminalität für das Ansteigen der Wohnungspreise mit verantwortlich ist, und was denkt die Bundesregierung dagegen kurz-, mittel- und langfristig zu unternehmen?
12. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen von über 200 Mieterinitiativen gegen Verdrängung, steigende Mieten und für eine Wende in der Wohnungspolitik (www.mietenwahnsinn.info), für die am Samstag, dem 14. April 2018 weit über zehntausend Menschen in Berlin demonstriert haben,

und was gedenkt die Bundesregierung kurz-, mittel- und langfristig gegen diese Probleme zu unternehmen?

13. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren bzw. sind die finanziellen Aufwendungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 (bitte einzeln nach Jahren aufschlüsseln)?
14. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht das Bundesbauministerium aus der geäußerten Kritik u. a. von Seiten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bezüglich der hohen Kosten und Mitnahmeeffekte vom Baukindergeld (www.google.de/amp/m.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/wohnungsbaupolitik-der-falsche-weg-zum-eigenheim-a-1472429.amp.html)?
15. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Befugnissen und Rechten soll der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland für den Kampf gegen Antisemitismus ausgestattet werden?
16. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie groß soll der Arbeitsstab sein und wie viele Referate/Abteilungen sollen der Organisation des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland für den Kampf gegen Antisemitismus zur Verfügung stehen?
17. Abgeordneter
Andreas Wagner
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung Gesetzesinitiativen analog zu den geplanten Änderungen des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (Gesetz zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts)?
18. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung im Bereich der Bundespolizei umfassende Eingriffs- und Kontrollbefugnisse auch bei „drohender Gefahr“, wie sie aktuell im Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung für ein Gesetz zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz, Drucksache 17/20425 des

Bayerischen Landtags) für Bayern angedacht werden, für notwendig, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position, falls sie solche Befugnisse für notwendig hält?

19. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Aktienkurse lagen jeweils den Angaben der Bundesregierung zu den Positionen an Wertpapieren der Unternehmen Iberdrola SA, Enel SpA, ENGIE SA, E.ON SE in Versorgungsfonds und -rücklage des Bundes jeweils zum Stichtag/Stand 14. Juni und 31. Dezember 2017 zugrunde (vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 8 des Abgeordneten Oliver Krischer auf Bundestagsdrucksache 18/13044 und auf meine Schriftliche Frage 40 auf Bundestagsdrucksache 19/1126; bitte konkrete Aktienkurse, nicht nur betreffende Handelsbörse bzw. -börsen, angeben)?

20. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele ENGIE Aktien/Aktien-ETF wurden seit Juli 2017 im Rahmen der Versorgungsrücklage und des Versorgungsfonds des Bundes hinzugekauft, und welchen Wert haben diese neu gekauften Aktien/Aktien-ETF aktuell?

21. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Wieso haben die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer Viktor Orbán zur Wiederwahl gratuliert, obwohl die Einschränkungen der Meinungs-, Forschungs- und Versammlungsfreiheit, die Schwächung des Verfassungs- und Justizsystems, die Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten und Flüchtlingen sowie die Korruption in Ungarn unter seiner Präsidentschaft so umfassend geworden sind, dass laut einem Bericht des Europaparlaments die „Fakten und Trends zusammengekommen [...] für eine beginnende systemische Bedrohung von Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechten in Ungarn [stehen]“ und das Europaparlament derzeit sogar die Einleitung eines Sanktionsverfahrens wegen Gefährdung von EU-Grundwerten nach Artikel 7 der EU-Verträge diskutiert, statt Kritik an seiner autoritären Politik zu äußern?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern besitzt die Bundesregierung Informationen darüber, dass die malische Bank Banque Malienne de Solidarité (BMS), die 2002 auf Initiative des damaligen malischen Präsidenten Alpha Oumar Konaré gegründet worden war, von malischen Drogenschmugglern zur Geldwäsche genutzt wird (siehe www.ard.de/download/4356420/index.pdf, S. 24, 25), und welche Möglichkeiten sieht sie, diese Tätigkeiten zukünftig zu unterbinden?
23. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen ermittelt die schweizerische Justiz nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell gegen deutsche Staatsangehörige im Zusammenhang mit Vorwürfen der Verletzung von Geschäfts- und Bankgeheimnissen sowie der Wirtschaftsspionage, und in welchen dieser Fälle hat sich die Bundesregierung, die Betroffenen unterstützend, direkt an Behörden der Schweiz gewandt (bitte Fälle der Unterfrage auflisten)?
24. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Zu welchen Auslandsreisen ab dem 15. März 2018 haben Mitglieder der Bundesregierung Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen, sie zu begleiten, und nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl (bitte die jeweiligen Mitglieder der Bundesregierung, die Reisen und die jeweils eingeladenen Abgeordneten bzw. Fraktionen benennen)?
25. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie wird mit Visumanträgen auf Familiennachzug zu syrischen bzw. irakischen subsidiär Schutzberechtigten umgegangen, die in Erwartung der angekündigten und bis Mitte März 2018 nach geltender Rechtslage auch vorgesehenen Wiedereinsetzung des privilegierten Rechts auf Familiennachzug zu international Schutzberechtigten gestellt wurden (bitte ausführen; vgl. auch Bundestagsdrucksache 19/415, Antwort auf meine Schriftliche Frage 8), und welche quantitativen Angaben lassen sich machen zu den aktuell

anhängigen Visumanträgen auf Familiennachzug zu syrischen bzw. irakischen Flüchtlingen im Allgemeinen?

26. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkrete Planung gibt es seitens der Bundesregierung für die Versorgung der Bevölkerung und Binnenflüchtlinge in der syrischen Region Idlib?
27. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche belastbaren (auch geheimdienstliche) Beweise, außer den Berichten der Gruppierung „Weißhelme“ und der sogenannten Syrian American Medical Society sowie von Internetvideos, besitzt die Bundesregierung, die belegen, dass ein Chemiewaffenangriff in der syrischen Stadt Douma erstens stattgefunden hat und diese Kampfstoffe zweitens durch die syrische Armee eingesetzt wurden (www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/957432_Empoerung-ueber-mutmasslichen-Chemiewaffenangriff-in-Syrien.html)?
28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche gesicherten (auch nachrichtendienstliche) Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den angeblichen Giftgasangriff in Douma, die über die Erkenntnis des UN-Personals, das einen Einsatz von Giftgas vor Ort nicht bestätigen kann (www.nzz.ch/international/der-westen-erhoeht-nach-duma-angriff-druck-auf-russland-und-syrien-ld.1375885), und über die Erkenntnis der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) hinausgehen, die dafür bisher ebenfalls keine Belege hat (www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-mutmasslicher-giftgaseinsatz-opcw-schickt-experten-nach-duma-a-1202230.html), und welche gesicherten (auch nachrichtendienstliche) Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die in Frankreich angeblich vorliegenden Beweise über einen Giftgaseinsatz im syrischen Douma und dafür, dass die Kampfstoffe von der syrischen Armee eingesetzt worden sein sollen (www.tagesschau.de/ausland/macron-giftgas-101.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

29. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit sieht die Bundesregierung einen Widerspruch in ihrer Äußerung, sie genehmige Rüstungsexporte bezogen auf den „Terrorpaten Saudi-Arabien“ restriktiv, verantwortungsvoll und gemäß dem Koalitionsvertrag (dpa vom 12. April 2018) und dem Umstand, dass der Koalitionsvertrag festschreibt, ab „sofort“ keine Ausfuhren an Länder zu genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind (www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1) und Saudi-Arabien als kriegsbeteiligtes Land sogar die Militärkoalition im Jemen-Krieg anführt und angesichts der Verdreifachung der Rüstungsexportgenehmigungen nach Saudi-Arabien noch vor Ablauf des ersten Quartals 2018 zum Vorjahresquartal (KNA vom 12. April 2018)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

30. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Verfahren der internationalen Rechtshilfe bzw. des diplomatischen Verkehrs müssen andere EU-Mitgliedstaaten einhalten, um ein Fahrzeug oder eine Person mithilfe technischer Überwachungsmaßnahmen in Deutschland zu orten und/oder zu verfolgen (bitte Möglichkeiten darstellen für Maßnahmen der Polizei, des Zolls und von Geheimdiensten), und was ist der Bundesregierung über solche technischen Maßnahmen spanischer Geheimdienste oder Polizeibehörden zur Ortung und Verfolgung des ehemaligen katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont und seiner Begleiter auf deutschem Hoheitsgebiet (etwa auf der Autobahn 7 in Schleswig-Holstein) bis zu seiner Festnahme am 25. März 2018 auf Grundlage eines Europäischen Haftbefehls (EuHB) bekannt („Polizei bringt Puigdemont in JVA Neumünster“, www.sueddeutsche.de vom 25. März 2018)?

31. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund des „Berichts über die Evaluierung des Gesetzes zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern“ insbesondere mit Blick auf die unterschiedliche Bewertung des § 155a FamFG durch die befragten Richterinnen und Richter?
32. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bezüglich der Abschaffung des schriftlichen Verfahrens zugunsten einer obligatorischen Anhörung der betroffenen Personen angesichts der Tatsache, dass lediglich 30 Prozent der Fälle im schriftlichen Verfahren entschieden werden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1450)?
33. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern arbeitet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) an einem Gesetzentwurf, mit dem sachliche Information über Schwangerschaftsabbruch durch Ärztinnen und Ärzte rechtssicher aus der Strafbarkeit herausgenommen wird, und wann wird ein Referentenentwurf den Ländern und Fachkreisen zugeleitet?
34. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Arbeiten andere Ressorts der Bundesregierung an einer außerstrafrechtlichen Lösung, und wann wird ein Referentenentwurf den Ländern und Fachkreisen zugeleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

35. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Wie und wann beabsichtigt die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankerte Forderung nach einem rückwirkend zum 1. Januar 2018 abgesenkten Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung von mini-jobbenden Zeitungszustellerinnen und Zeitungszustellern umzusetzen?

36. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hätte die beabsichtigte Absenkung des Arbeitgeberbeitrages von 15 auf 5 Prozent auf die jährlich zu erwerbenden Rentenanwartschaften eines minijobbenden Zeitungszustellers, der sich von der Rentenversicherungspflicht befreien lässt, und welche Auswirkungen hätte sie auf den monatlichen Nettolohn, sofern der Beschäftigte den abgesenkten Rentenversicherungsbeitrag selbst trägt?
37. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch fiel nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum 2012 bis 2017, im Jahresdurchschnitt des Zeitraums sowie im Jahr 2017 (falls Daten für 2017 fehlen, bitte Daten des Jahres 2016 angeben) jeweils die gesamte Be- oder Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung aus, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze und weiterer Altersgrenzen zurückführen lässt, und in welcher Höhe trugen zu dieser Be- oder Entlastung jeweils folgende Posten bei: Mehreinnahmen durch zusätzliche Rentenbeiträge, Ersparnisse durch kürzere Rentenbezugsdauern oder spätere Renteneintritte, Ersparnisse durch niedrigere Rentenzugangsfaktoren, Mehrausgaben durch höhere Rentenansprüche sowie gesamtwirtschaftliche Effekte eines höheren tatsächlichen Renteneintrittsalters?
38. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der prozentuale Anteil der Neu- und der Bestandsrenten mit Abschlägen an allen Neu- und Bestandsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung (bitte zusätzlich aufschlüsseln nach Alters- und Erwerbsminderungsrenten und diese wiederum nach Männern und Frauen) in den Jahren 2015, 2016 und 2017?
39. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 in der Berufsgattung „Triebfahrzeugführer/innen Eisenbahn – Fachkraft“ eine mit öffentlichen Mitteln geförderte abschlussbezogene Weiterbildung bzw. Umschulung begonnen und wie viele davon beendeten nach Kenntnis der

Bundesregierung diese Qualifizierungen entweder durch Abbruch oder Nichtbestehen der Weiterbildung/Umschulung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche „Meilensteine“ wurden in dem quattrationalen „Projekt Eurodrohne“, bei dem unter Führung des Rüstungskonzerns Airbus eine Langstreckendrohne mit Fähigkeit zur weiträumigen abbildenden (elektro-optisch/Infrarot/Radar) und signalerfassenden Aufklärung und Überwachung sowie zur Einrüstung von Raketen und Lenkbomben entwickelt werden soll, frühzeitig erreicht, was eigentlich erst in der darauffolgenden Entwicklungsphase vorgesehen war (7. Bericht des BMVg zu Rüstungsangelegenheiten, März 2018, S. 141; bitte hierzu Angaben zu den „wesentliche[n] multinationale[n] Entscheidungen zum grundsätzlichen Systemdesign“ machen), und wann im Frühjahr 2018 wollen die vier beteiligten Regierungen „die Industrie“ zum Angebot für die Entwicklung der „Eurodrohne“, die im Grundbetrieb eine Zulassung für einen „umfänglichen Flugbetrieb im europäischen Luftraum“ erhalten soll, auffordern, damit der Vertragsschluss wie geplant im Jahr 2019 erfolgen kann?

41. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung die Fregatte HESSEN, die derzeit Teil eines Kampfverbandes (strike group) um den US-amerikanischen Flugzeugträger USS Harry S. Truman ist und am 11. April 2018 aus dem US-Hafen Norfolk Richtung Mittelmeer ausgelaufen ist, aus dem Unterstellungsverhältnis des Verbandes herauslösen, sobald die US-Regierung die Republik Syrien ohne völkerrechtlich legitimierte Mandat angreift, und wie weit soll die HESSEN die USS Harry S. Truman nach aktuellen Planungen begleiten (www.navy.mil/submit/display.asp?story_id=105087)?

42. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welchen Auftrag hat die Fregatte HESSEN, die aktuell einer Einsatzgruppe angeschlossen ist, der neben dem Flugzeugträger USS Harry S. Truman auch der Lenkwaffenkreuzer USS Normandy sowie die Zerstörer USS Arleigh Burke, USS Bulkeley, USS Forrest Sherman, USS Farragut, USS Jason Dunham und USS The Sullivans angehören bzw. demnächst angehören werden, die von dem ständigen Standort der USS Harry S. Truman in Norfolk, Virginia, nach Europa und in den Mittleren Osten verlegt und mit einer Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, als Reaktion auf einen von der deutschen Bundesregierung der syrischen Regierung zugeschriebenen mutmaßlichen Giftgaseinsatz in Douma militärische Mittel gegen Syrien ergreifen zu wollen, in Verbindung gebracht wird (vgl. www.stripes.com/news/truman-strike-group-departs-for-middle-east-europe-deployment-this-week-1.521207; <https://sptnkne.ws/hmAR>), und in welcher verfassungs- und völkerrechtsgemäßen Form wird im Falle einer Unterstützung eines entsprechenden militärischen Vorgehens gegen Syrien durch Kräfte dieser Einsatzgruppe die Fregatte HESSEN Unterstützungsleistungen erbringen?
43. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- In welcher Form werden im Falle eines militärischen Vorgehens der USA oder anderer Staaten gegen Syrien als Reaktion auf einen von der deutschen Bundesregierung der syrischen Regierung zugeschriebenen mutmaßlichen Giftgaseinsatz in Douma die im Rahmen des Mandats zur Bekämpfung des IS und Stabilisierung Iraks (Bundestagsdrucksache 19/1093) eingesetzten AWACS-Besatzungen und Tornados der Bundeswehr Unterstützungsleistungen erbringen (bitte unter Angabe der entsprechenden Weisungslage einschließlich ihrer Grundlage im Verfassungsrecht i. V. m. Völkerrecht)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

44. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten daten- und arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben stehen der Einführung einer kontinuierlichen Kameraüberwachung tierschutzrelevanter Prozesse in Schlachthöfen entgegen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann auf Bundestagsdrucksache 18/12180), und wie bewertet die Bundesregierung die eigene Aussage, eine solche Überwachung könne nur auf europäischer Ebene getroffen werden (vgl. ebenda) im Hinblick auf die Einführung einer Kamerapflicht in Schlachthöfen in Frankreich und Großbritannien (www.wir-sind-tierarzt.de/2017/11/ab-2018-videoueberwachung-in-englischen-schlachthoefen-pflicht/, www.topagrar.com/news/Schwein-News-Schwein-Frankreich-Kameras-sollen-in-allen-Schlachthoefen-Pflicht-werden-7021286.html)?
45. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet das Ergebnis der Prüfung durch das Julius Kühn-Institut für Bienenschutz hinsichtlich der EFSA-Risikobewertung für die drei Neonicotinoidwirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam (www.efsa.europa.eu/de/press/news/180228; www.faz.net/aktuell/wissen/leben-gene/nach-insektensterben-befund-stehen-neonicotinoide-vor-dem-aus-15473160.html), und falls es noch nicht vorliegt, wann wird das der Fall sein, auch vor dem Hintergrund der nahen Abstimmung über den Kommissionsvorschlag am 27. April 2018?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

46. Abgeordneter
**Klaus-Peter
Willsch**
(CDU/CSU)
- Würde die Bundesregierung eine Teilnahme der Republik China (Taiwan) an der Weltgesundheitsversammlung im Mai dieses Jahres begrüßen?

47. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nimmt die Bundesregierung die aktuellen Zahlen zu den langen Wartezeiten in der Psychotherapie zum Anlass, im Vorgriff auf die geplante Reform der Bedarfsplanung kurzfristige Maßnahmen, wie zusätzliche Kassenzulassungen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten oder andere Maßnahmen, zu ergreifen, die Patientinnen und Patienten einen schnelleren Therapieplatz für eine Richtlinien-therapie ermöglichen, und wenn ja, welche?
48. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung gerechtfertigt, dass die Ärzte für eine Erhöhung ihrer Sprechstundenzeit für gesetzlich Versicherte höher vergütet werden, so wie es Dr. Andreas Gassen, Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, derzeit fordert („Ohne mehr Vergütung wären die Kollegen meiner Wahrnehmung nach verrückt, mehr zu machen“, in: „Mindestsprechzeit: Gassen droht mit Widerstand“, Ärzte Zeitung, 12. April 2018), und wenn ja, wodurch wäre das gerechtfertigt, da es nach § 75 Absatz 1a SGB V zum Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigungen gehört, eine zeitnahe fachärztliche Versorgung zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

49. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des ersten Aufrufs der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ sind bis zur Antragsfrist am 25. März 2018 eingegangen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie verteilen sich die beantragten Fördermittel auf die Bundesländer (bitte unter Angabe der absoluten Summe je Bundesland)?
50. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Flugbewegungen haben in den vergangenen sieben Jahren am Flughafen Leipzig/Halle in dem Zeitraum zwischen 22 und 6 Uhr stattgefunden (bitte zivile und militärische Flugbewegungen getrennt und jeweils nach Jahren aufschlüsseln), und wie viele Flugbewegungen ha-

ben in den vergangenen sieben Jahren am Flughafen Leipzig/Halle insgesamt stattgefunden (bitte zivile und militärische Flugbewegungen getrennt und jeweils nach Jahren aufschlüsseln)?

51. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Wann gedenkt die Bundesregierung, zum Schutz der deutschen Bevölkerung am Hochrhein und Oberrhein vor übermäßigem Fluglärm die Verhandlungen mit der Schweiz für einen Staatsvertrag hinsichtlich der grenznahen Flughäfen aufzunehmen, und gibt es die Absicht, die betroffenen französischen Kommunen und die im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) vertretenen Gemeinden am Oberrhein bezüglich der Forderung einer Nachtruhe für den Flughafen Basel zu unterstützen bzw. proaktiv Verhandlungen mit Frankreich und der Schweiz zu führen?

52. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Personen gehören der Expertenkommission an (bitte Namen nennen), die den Tunnelbau im Anhydrit für „Stuttgart 21“ begleitet (siehe Bundestagsdrucksache 19/1534, Antwort zu Frage 3), und was sind die genauen Aufgaben dieser Kommission?

53. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)

In welchem Umfang und durch welche Aufsichtsbehörde wird nach Kenntnis der Bundesregierung bei Schiffen in den seewärtigen Zufahrten sowie auf den nationalen Bundeswasserstraßen die ordnungsgemäße Ladungssicherung kontrolliert und sichergestellt?

54. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)

Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung bei Schiffen in den seewärtigen Zufahrten sowie auf den nationalen Bundeswasserstraßen der vorgeschriebene Einsatz von Abgaseinrichtungen kontrolliert, und welche Aufsichtsbehörde stellt diesen Einsatz sicher?

55. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welcher (rechtlichen) Grundlage hat das Kraftfahrt-Bundesamt im März 2018 für verschiedene BMW-Modelle einen verpflichtenden Rückruf aufgrund von illegalen Abschalteinrichtungen durchgesetzt, obwohl die Prüfung der Emissionen

im Rahmen der Typengenehmigung in einem anderen EU-Land stattgefunden hat (vgl. www.autozeitung.de/bmw-rueckruf-137914.html)?

56. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Position hat die Bundesregierung bezüglich einer Einführung von kostenlosem ÖPNV für Kinder und Jugendliche, und erwägt die Bundesregierung, diesbezüglich während der 19. Wahlperiode tätig zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

57. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche zehn Städte bleiben nach Auffassung der Bundesregierung „übrig“, die nach Auffassung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in den nächsten zwei bis drei Jahren die Stickoxid-Grenzwerte nicht einhalten, und welche „besonderen Maßnahmen“ plant die Bundesregierung, mit diesen Städten zu besprechen („Merkel äußert sich skeptisch zu technischen Diesel-Nachrüstungen“, dpa, 11. April 2018)?

58. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Themen soll die im Rahmen der Auslandsreise nach Frankreich zwischen der Bundesumweltministerin Svenja Schulze und ihrem französischen Amtskollegen Nicolas Hulot vereinbarte ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu europäischen und internationalen Klimafragen (vgl. www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/ministerin-schulze-will-mit-frankreich-bienenschutz-vorantreiben_id_8692314.html) in den nächsten Monaten bearbeiten, zumal die Bundesregierung laut Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/1635 nicht vorhat, sich an über das EU-ETS-System hinausgehende CO₂-Bepreisungssysteme der Mitgliedstaaten anzudocken und die Emissionshandelsrichtlinie erst vor kurzem reformiert wurde?

59. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, unter anderem auch vor dem Hintergrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages zum Elysée-Vertrag (Bundestagsdrucksache 19/440), demzufolge gemeinsame Initiativen mit Frankreich zur Einführung eines CO₂-Mindestpreises ergriffen werden sollen, die Erweiterung des Mandates der geplanten Kohlekommission um die Frage der Einführung einer CO₂-Bepreisung, beziehungsweise stimmt sie der Idee zu, sich dort auch ganz konkret auf eine CO₂-Bepreisung zu verständigen (vgl. www.energate-messenger.de/news/182340/spd-kohle-kommission-soll-co2-bepreisung-gutheissen)?
60. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von wann bis wann soll nach aktuellem Stand der Transport der mittelradioaktiven Festabfallgebinde aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Deutschland erfolgen, deren Transport ins Zwischenlager Ahaus mit Stand des deutsch-französischen Notenwechsels vom 20. Oktober 2008 bis zum Jahr 2024 abgeschlossen sein sollte, und inwiefern muss der Bund oder der vom Bund verwaltete Fonds kerntechnische Entsorgung für die mit diesen radioaktiven Abfällen verbundenen Kosten aufkommen, solange sie sich noch in Frankreich befinden (bitte möglichst mit Angaben zu Zeitpunkt und Umfang, falls zutreffend)?
61. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den vom Weltbiodiversitätsrat (IPBES) in Kolumbien veröffentlichten Berichten für das zukünftige Regierungshandeln, und wie wird die Bundesregierung insbesondere den Inhalten des Berichts begegnen, die besagen, „Europa fördere zwar die Erträge der Landwirtschaft, aber das gehe auf Kosten anderer Leistungen der Natur wie Bestäubung oder Bodenbildung. Insgesamt verbrauche Europa mehr natürliche Ressourcen als es reproduzieren könne“ (www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-verlust-der-artenvielfalt-bedroht-auch-uns-menschen/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

62. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Ist über die Höhe von 4,1 Prozent der Stimmrechtsanteile Deutschlands an der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank AIIB sichergestellt, dass immer ein Vertreter Deutschlands bzw. ein Deutscher im Direktorium der Bank vertreten sein wird?
63. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Welche außenpolitischen bzw. außenwirtschaftspolitischen Ziele im asiatischen Raum verfolgt die Bundesregierung mit der Beteiligung an der AIIB?
64. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Positionen hat die Bundesregierung im Board der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) in einer nach mir vorliegenden Informationen stattgefundenen Sitzung vom 8. bis zum 11. April 2018 vertreten, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit des Präsidenten, über die Genehmigung von Finanzierungen der Bank ohne Einbeziehung des Boards zu entscheiden, und über welche Art von Projekten sollte bzw. wird nun allein vom Präsidenten entschieden werden?
65. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung, ohne Kontrolle durch das Board der Eigenanspruch der Bank, „green, clean and lean“ zu sein, garantiert werden, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass der Deutsche Bundestag über seine Kontrolle der Bundesregierung weiterhin hinreichend Einfluss darauf hat, dass nur ökologisch wie menschenrechtlich unzweifelhafte Projekte durch die AIIB letztlich mit deutschem Steuergeld finanziert bzw. garantiert werden, wenn das Board nicht länger an allen Entscheidungen über Projekte beteiligt ist?

66. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- In welcher Form und in welcher Höhe (absolut und quotal am Gesamtpaket) hat sich der IWF nach Kenntnis der Bundesregierung an den drei Griechenland-Hilfspaketen beteiligt?
67. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen und in welcher Gesamthöhe hat das Bundesverwaltungsamt nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum 31. März 2018 Verwarungs- bzw. Bußgelder wegen Verstößen gegen die Registrierungspflicht im durch Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie eingeführten Transparenzregister verhängt, und wie viele Verfahren sind wegen vermuteter Verstöße in diesem Zusammenhang aktuell noch anhängig?
68. Abgeordneter
Steffen Kotré
(AfD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, damit es im Rahmen der Grundsteuerreform nicht zu Mehrbelastungen der Mieter und Wohnungseigentümer kommt, und wäre die Bundesregierung, um eine solche Mehrbelastung zu vermeiden, auch bereit, den Ländern und Kommunen einen finanziellen Ausgleich zu gewähren (FAZ, 11. April 2018, S. 15)?
69. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 in Sachen „Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer“, und wann wird die Bundesregierung Gespräche mit den Ländern aufnehmen, um eine verfassungskonforme Neureglung der Grundsteuer bis zum 31. Dezember 2019 zu gewährleisten?
70. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zum Beschluss der Europäischen Kommission vom 22. Februar 2017, gegen Österreich wegen der Manipulation von Schuldendaten im Bundesland Salzburg und Verletzung der Stabilitätsregeln eine Geldbuße in Höhe von 29,8 Mio. Euro zu verhängen, und wie erklärt sie den erheblichen Zeitverzug zwischen der Vorlage des Vorschlags, der Abstimmung und dem Vollzug der Sanktion durch den Europäischen Rat?

71. Abgeordneter

Michael Theurer
(FDP)

Wie wird sich die Bundesregierung bei der Abstimmung im EU-Finanzministerrat verhalten?

